

Wintersemester 2019/20

# Politicum



# Proteste Weltweit

Das Magazin der Fachschaft Politik & Soziologie



**Liebe  
Leserinnen  
und Leser,**

willkommen zu einer neuen Winterausgabe des Politicum. Das Jahr 2019 liegt hinter uns: die Klimaproteste haben die Welt erobert, in Südamerika gehen die Menschen auf die Straße und die Europäische Kommission wird erstmals von einer Frau geleitet. Noch immer beschäftigt der Brexit Europa und US-Präsident Trump die Welt.

Aufgrund einiger Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit möchten wir in dieser Ausgabe vermehrt auf das Thema Proteste eingehen und ihre Bedeutsamkeit hervorheben. Im Essay-Teil erwarten euch deshalb Beiträge zu Protesten aus der ganzen Welt.

Aber die Themenvielfalt der aktuellen Ausgabe ist groß. So haben wir zum Beispiel auch Artikel zu den Themen Populismus und Partizipation.

In unserem Ohne-Worte-Interview stellen wir dieses Mal Dipl.-Math., M.A. Jakob Horneber vor und unsere Dozent\*innenkommentare werden in dieser Ausgabe einen Steckbrief der jeweiligen Dozierenden enthalten. Ihr könnt euch auf zwei Kommentare von Frau Dr. Hausteiner und Herrn Dr. von Stetten aus ideentheoretischer und soziologischer Sicht zu unserem Titelthema „Proteste“ freuen.

Vielen herzlichen Dank an Alle, die an der Gestaltung der Ausgabe mitgewirkt haben! Wir freuen uns sehr über Euer Engagement und Interesse. Wenn auch ihr Lust habt in Zukunft am Politicum mitzuwirken meldet euch gerne bei eurer #Lieblingsfachschaft oder direkt bei uns.

Wir wünschen euch viel Freude beim Lesen!

Laura Meyer und Lilian Sekkai

## Inhalt

4 Ohne Worte – Dipl.-Math. Jakob Horneber, M.A.

### Titelthema

6 Proteste in Hongkong  
8 Mit geschwärzten Zeilen für die Pressefreiheit  
10 Umbruch oder Stillstand  
12 Brexit - Diesmal wirklich?

### Dozierendenkommentar

14 Kosten des Protests für die Demokratie  
16 Warum eigentlich Partizipation?  
18 MeToo-Debatte: ein richtiger Ansatz?  
20 Die Mär vom bösen Populismus  
22 Von der Elite - für die Elite!

### Dozierendenkommentar

24 Thema: Proteste

### Ringseminar

26 Neue Rechte: Intellektuell und Gefährlich?  
27 Caring about care work?  
28 Impressum



**Liebe Studierende,**

erneut neigt sich ein Semester dem Ende entgegen und wir möchten die Gelegenheit nutzen, um mit euch die Ereignisse des letzten halben Jahres Revue passieren zu lassen.

Zunächst standen wie immer im Wintersemester natürlich die Orientierungswochen für die neuen Erst-

semester\*innen im Oktober im Vordergrund und wir freuen uns viele neue Studierende an der Uni und auch in der Fachschaft begrüßen zu können. Neben den üblichen Einführungsveranstaltungen standen dieses Jahr auch einige interessante Exkursionen, beispielsweise zum Verteidigungsministerium, zur UN und zu Phoenix auf dem Programm.

Ende Oktober haben wir gemeinsam die neue Fachschaftsvertretung gewählt und im Anschluss dessen hat sich die frisch gewählte FSV ein Leitbild gegeben, welches ihr auf unserer Website und bei Facebook nachlesen könnt.

Nach diesen beiden offiziellen Events standen im Herbst direkt noch zwei Highlights des Semesters an: die Erstiparty im Untergrund und die Erstifahrt. Wieder einmal habt ihr es geschafft eine Politik Party (dieses Semester unter dem Motto (BR) EX IT!) unvergesslich zu machen! Wir hoffen darauf viele von euch im Sommer auf unserer Party wiederzusehen. Auch die Erstifahrt dieses Jahr war ein voller Erfolg und eine gute Gelegenheit für alle Beteiligten, sich kennen zu lernen.

Eine Neuerung in der Fachschaftsarbeit war ein Projekt, welches wir sowohl bei der Erstiparty als auch auf der Erstifahrt zum ersten Mal ausprobiert haben: unser Awareness Konzept. Dies wurde sowohl fachschaftsintern als auch von Studierendenseite gut aufgenommen und im nächsten Semester werden wir unter anderem daran arbeiten es weiter aus zu arbeiten und zu verfeinern.

Wer vom Feiern genug hatte, für diejenigen waren unsere beiden Ringseminare zu den Themen „Neue Rechte – intellektuell und gefährlich?“ und „Care-Arbeit“ genau richtig.

Gegen Ende des Jahres standen dann noch zwei wichtige Programmpunkte an. Die Fachschaftsfahrt und unsere traditionelle Weihnachtsfeier. Zufrieden können wir auf ein produktives Wochenende in Nettersheim, sowie eine gelungene Feier, die in diesem Jahr von einer Weihnachtsfrau besucht wurde, zurück blicken.

Wie man sieht, liegt ein erfolgreiches Semester hinter uns und wir hoffen dies auch in der nächsten Zeit fortführen zu können. Dafür brauchen wir allerdings EUCH! Wir treffen uns, mittwochs um 20 Uhr c.t. im großen Übungsraum in der Lennéstraße 27. Solltet ihr Fragen, Anregungen oder Anliegen haben, könnt ihr uns natürlich jederzeit kontaktieren. Wir freuen uns auf euch!

Abschließend bleibt uns nur noch, euch eine erfolgreiche Klausurenphase, stressfreie Semesterferien und viel Spaß beim Lesen des Politicum zu wünschen.

Für eure **#Lieblingsfachschaft**

Penelope & Max

# Ohne Worte

mit Dipl.-Math. Jakob Horneber M.A.

Von Laura Meyer und Lilian Sekkai



Sie haben in Bonn studiert, was ist Ihnen vom Studierendenleben am meisten im Gedächtnis geblieben?



Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



Ihr Lieblingsort in Bonn?



Was bereitet Ihnen am meisten Freude bei Ihrer Arbeit?



Welches Buch sollte Ihrer Meinung nach jede\*r gelesen haben?



Sie waren Tutor für Statistik: was für einen „life-hack“ für alle Studierenden können Sie uns empfehlen, wenn es um Statistik geht?



Sie waren mal Vorsitzender vom ASTA, ihr Gesichtsausdruck, wenn Sie an diese Zeit zurück denken.



Junge Menschen setzten sich fürs Klima ein, was denken Sie?

# Proteste in Hongkong

Sind die Demonstrierenden auf dem richtigen Weg?

von **Charlotte Acker**

Seit Sommer 2019 dauern die Proteste in der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong an. Anlass war das sogenannte Gesetz über flüchtige Straftäter\*innen und Rechtshilfe in Strafsachen, welches Hongkongs Behörden erlaubt hätte verdächtige und gesuchte Personen an China auszuliefern. Protestierende sehen das Prinzip „one country, two systems“ in Gefahr. Dieses verfassungsmäßige Prinzip, postuliert in der Sino-British Joint Declaration 1984, sichert Hongkong als Sonderverwaltungszone innerhalb der Volksrepublik China weitgehende politische und wirtschaftliche Autonomie zu.

Die Demonstrierenden unterstellen ihrer Regierungschelin Carrie Lam pekingtreues Verhalten. Sie kritisieren, dass Hongkongs Staatsbürger\*innen nicht der chinesischen Justiz ausgesetzt werden dürfen, weil Verdächtige und Gefangene dort Repressalien ausgesetzt sind. Laut einem Bericht von Human Rights Watch kommt es dort seit 2016 vermehrt zu willkürlichen Verhaftungen und Folterpraktiken.

## Rücktrittsforderungen

Die fünf Forderungen des Protests sind: Die sofortige Rücknahme des oben genannten Gesetzentwurfs, der Rücktritt Carrie Lams, ein allgemeines Wahlrecht sowie eine unabhängige Untersuchungskommission bezüglich der vorgenommenen Polizeigewalt und die Freilassung der verhafteten Pro-

testierenden. Die erste Forderung wurde am 23.10. 2019 erfüllt.

Einer der Wortführenden des Protests ist der Hongkonger Student Joshua Wong, der bereits in 2014 die Regenschirm-Revolution mitorganisierte. Anlass hierfür war Chinas sogenannter 831-Beschluss. Dieser sah vor, dass ein 1200-köpfiges chinesisches Gremium die Kandidat\*innen für die Wahl des Verwaltungschefs oder der Verwaltungschelin Hongkongs festlegen darf. Mittlerweile ist Wong Generalsekretär der oppositionellen Partei Demosistō. Diese Partei fordert die demokratische, wirtschaftliche und politische Autonomie Hongkongs. Der Einfluss der Kommunistischen Partei Chinas soll zurückgedrängt werden.

**Wie euch vielleicht noch auffallen wird, sind in dieser Ausgabe des Politicums kaum noch Bilder vorhanden. Das hat folgenden Grund - obwohl wir eigentlich strikt darauf achten, nur lizenzfreie und kostenlose Bilder zu verwenden, waren wir in der letzten Zeit mehr als einmal in der unangenehmen Situation, dass uns vorgeworfen wurde unzurechtmäßig Bildmaterial verwendend zu haben. Dies hat uns viel Geld und Nerven gekostet und uns zu der Entscheidung gebracht, bei dieser Ausgabe komplett auf Bilder zu verzichten, bis auf solche, an denen wir die Rechte selbst besitzen.**

Ende November fanden Distriktwahlen in Hongkong statt. Die demokratische Opposition gewann über 90% der Sitze. Joshua Wong wur-

de im Vorfeld als Kandidat ausgeschlossen. Die Zulassungsbehörde begründete dies mit Wongs Unabhängigkeitsforderungen. Diese seien nicht vereinbar mit dem im Grundgesetz postulierten Status Hongkongs als Sonderverwaltungszone innerhalb Chinas.

## Studierende als Motor des Protests und ihre Motive

Treibende Kraft der Proteste sind Studierende. Laut einer Studie der Hongkong University sind nur neun Prozent der 18-29-jährigen, aber 38 Prozent der über 50-jährigen Hongkonger stolz auf ihre auf chinesische Staatsbürgerschaft. Was könnten die Gründe hierfür sein? Das Prinzip „one country, two systems“ wurde übergangsweise für 1997 bis 2047 ausgehandelt.

Die Zukunft Hongkongs steht somit in den Sternen. Die junge Generation betrifft die Furcht vor einer repressiven Einflusnahme Chinas viel

mehr als die ältere. Vielleicht ist die Furcht eines künftigen Identitätsverlustes Ursache für die Aktionen der Studierenden.

## Andauernde Proteste

Außerdem: Je länger die Proteste andauern, desto mehr erweitert sich das Spektrum der Forderungen. Im Dezember 2019 solidarisierten sich die Protestierenden mit der uigurischen Minderheit, die in Xinjiang im Westen Chinas lebt. Diese Reaktion auf Chinas Politik ist hinsichtlich der Forderung nach mehr bürgerlichen und individuellen Freiheiten mit den ursprünglichen Protestgründen zwar eng verknüpft. Die Proteste in Hongkong erhalten dadurch aber auch den Charakter einer „Generalabrechnung“ gegenüber dem autokratischen Einparteiensstaat China, der Minderheiten und Sondergebiete systemkonform zwangseingliedern möchte.

Die Wut der jungen Hongkonger\*innen hat sich aufgestaut und sie versuchen nun, das im Zuge der Protestbewegung neu entstandene demokratische Netzwerk zu nutzen und ihren Forderungen in sozialen Medien und auf der Straße Raum zu

verleihen. Sie möchten das politisch revolutionäre Moment ausnutzen und alles Störende äußern.

Der zunächst friedliche Protest entwickelte sich zu einem gewaltsamen Aufstand. Die Ziele der Demokratieaktivist\*innen entsprechen denen liberaler Demokratien. Inwieweit erfordern diese Ziele gewaltsamen Aufstand und Widerstand gegen die Staatsgewalt?

## Widerstand gegen die Staatsmacht

Historisch betrachtet ist gewaltfreier Widerstand häufig zielführend, auch wenn dieser vielfach als unwirksam und naiv kritisiert wird: Gandhis Satyagraha, die polnische Solidarność und die Montagsdemonstrationen in der DDR haben gezeigt, dass autoritäre Regime unter Zugzwang geraten, wenn es zu erheblichem gewaltlosen Aufruhr innerhalb der Bevölkerung kommt. Im Falle von blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden reduzie-

ren die Regierungen die Demonstrierenden zu „Krawallmachern“ und sprechen ihnen jegliche politische Seriosität ab.

Gewaltloser Widerstand ist effizient, weil die Grenzen zwischen Krawallen und dem legitimen Kampf für Bürgerrechte nicht verschwimmen und die Angriffsfläche der Protestierenden minimiert ist.

Seit dem deutlichen Sieg der Opposition bei den Kommunalwahlen in Hongkong hat die Gewalt abgenommen. Die Civil Human Rights Front, Organisator einiger stark besuchter Hongkonger Proteste im Frühjahr 2019, mahnt nun friedliches Verhalten an. Dies könnte ein Schritt hin zu einer friedlicheren Ausrichtung der Protestbewegung sein und damit den langwierigen und schwierigen Weg zum Erfolg freimachen.

# Mit geschwärzten Zeitungen für die Pressefreiheit

Australien als Vorbild für einen öffentlichkeitswirksamen Protest gegen die Beschränkung von journalistischen Freiheiten

von **Philipp Sprengel**

“When government keeps the truth from you, what are they covering up?” („Wenn die Regierung die Wahrheit verschweigt, was vertuscht sie?“). Mit dieser Frage und einer ansonsten vollständig geschwärzten Titelseite sorgten am 21. Oktober 2019 insgesamt 19 australische Zeitungen und Journalist\*innenverbände für Aufsehen. Die Journalist\*innen entschieden sich gemeinsam zu dem drastischen Schritt, da sie die Pressefreiheit seit einigen Jahren unter Beschuss stehen sehen.

## Vorgehen gegen den investigativen Journalismus

Auslöser für diese Aktion war das harte Vorgehen der Polizei gegenüber Journalist\*innen. Erst wurde am 4. Juni die Wohnung einer Journalistin durchsucht, welche geheime Informationen zu Plänen der Behörden zum vereinfachten Abhören der Bürger\*innen veröffentlicht

hatte. Tags darauf durchleuchteten Polizeikräfte ebenfalls die Räumlichkeiten des öffentlich-rechtlichen Senders ABC. Der Sender hatte zuvor über Regierungsdokumente berichtet, welche belegen sollen, dass australische Sondereinsatzkräfte Kriegsverbrechen in Afghanistan begangen hatten. Gegen einen Anwalt der Armee wurde bereits ein Strafverfahren eingeleitet. Den Journalist\*innen droht ebenfalls ein solches Verfahren, was die australischen Journalist\*innenverbände als klare Einschüchterung und damit Einschränkung der Pressefreiheit ansehen.

## Regierung verwies auf Sicherheit des Staates

Das Vorgehen der Polizei führte zu den gemeinschaftlichen Protesten der sonst in einem starken Wettbewerb stehenden australischen Medienanstalten und Zeitungshäuser. Sie forderten die Re-

gierung auf, die Arbeit insbesondere von Whistleblower\*innen stärker zu schützen und Journalist\*innen von den Sicherheitsgesetzen auszunehmen.

Die ungefähr 70 seit 2001 erlassenen Antiterror- und Sicherheitsgesetze führen nämlich zu der nur eingeschränkt möglichen investigativen Arbeit von Journalist\*innen in Australien. Die australische Regierung betonte allerdings als Reaktion auf den Protest ihr Eintreten für die Pressefreiheit, aber machte zugleich auf das ebenso wichtige Gut der Sicherheit des Staates aufmerksam. Die protestierenden Medienvertreter\*innen wiesen dagegen auf Fälle hin, in welchen es kaum um die nationale Sicherheit gehen kann. So erhielten sie keine Informationen von der Regierung dazu, in welchen Seniorenheimen Bewohner\*innen misshandelt worden sind oder wie viel Agrarland an ausländische Einrichtungen verkauft worden ist. Somit liegt die Vermutung nahe, dass die Regierung den Sicherheitsbegriff sehr weit auslegt und dadurch die Informationsfreiheit zu sehr eingeschränkt hat.

## Australiens Pressefreiheit laut „Reporter ohne Grenzen“ verschlechtert

„Reporter ohne Grenzen“ unterstützen mit ihren Darstellungen der Situation in Australien die Proteste. Für die Organisation schränken die Sicherheitsgesetze den investigativen Journalismus in

Australien klar ein. Laut ihrer Rangliste der Pressefreiheit 2019 verschlechterte sich Australien um zwei Plätze. Allerdings befindet sich Australien damit immer noch von 180 untersuchten Staaten auf Platz 21 und damit vor europäischen Staaten wie Frankreich (32. Platz), Großbritannien (33. Platz) sowie Italien (43. Platz) und auch vor den USA (48. Platz).

## Weckruf für Pressefreiheit einzustehen

Dies zeigt, dass es um die Pressefreiheit in Australien noch vergleichsweise gut bestellt ist. Die australischen Medien machten früh auf Missstände aufmerksam. Die Protestaktion der australischen Journalist\*innen sollte deshalb nicht nur ein Weckruf für die Menschen in Australien sein, sondern welt-

weit daran erinnern, wie wichtig eine freie Berichterstattung für die Demokratie ist.

## Freie Berichterstattung als Grundpfeiler einer Demokratie

Unter dem Motto „Your Right to Know“ („Ihr Recht zu wissen“) stand der Protest der Zeitungen in Australien. Es wurde damit darauf hingewiesen, dass es das Recht jedes\*r Bürger\*in bleiben muss, zu erfahren, wie die gewählten politischen Vertreter\*innen ihre Arbeit verrichten. Dafür ist eine unabhängige, freie und vielfältige Medienlandschaft unerlässlich. Nur so kann die Regierung auch durch die Medien und die Öffentlichkeit kontrol-

liert werden und nur so bleibt eine Meinungsvielfalt erhalten. Auch wenn sich Deutschland zuletzt auf dem 13. Platz der Rangliste befand, zeigen solche Proteste, dass auch in gestandenen Demokratien Einschränkungen des freien Journalismus schleichend erfolgen können.

So gilt es auch für die Presse und jede Einzelperson in Deutschland wachsam zu bleiben und falls nötig, zu ähnlichen Protestmitteln zu greifen, um die Pressefreiheit zu erhalten

Hier könnte ein Bild sein

## Du bist die Fachschaft!

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen du dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende dich an uns! Wir helfen dir weiter oder wissen zumindest, von wem du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde jeden Dienstag und Donnerstag von 12-13 Uhr und während der vorlesungsfreien Zeit mittwochs von 13-14 Uhr, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion? Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was dich stört und du willst Dinge verändern? Bring dich ein und probiere dich aus! Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein. Jeden Mittwoch im Semester um 20 Uhr c.t. im großen Übungsraum des Instituts oder schreib uns eine

**E-Mail an:** [sprechstunde@fs-sozpol.de](mailto:sprechstunde@fs-sozpol.de) oder eine Nachricht via

**Instagram** (@fssozpol) oder

**Facebook** (Fachschaft Politik und Soziologie Bonn).

# Umbruch oder Stillstand?

Hat Algeriens Demokratie noch eine Chance?

von **Carina Röhr**

Im April trat der ehemalige algerische Präsident Abd al-Aziz Boutellika nach langwierigen Protesten der Bürger\*innen endgültig von seinem Amt zurück. Das algerische Volk fordert nun eine Demokratie, die nicht nur als Fassade für die Herrschaft von mächtigen Eliten aus Militär, Geheimdiensten und Geschäftsleuten dient. Zwar lautet der offizielle Name des Staates „Demokratische Volksrepublik Algerien“, jedoch gilt diese Demokratie allgemein als Illusion. Letztendlich liegt fast die gesamte Macht in der Hand des Militärs, welches inoffiziell die Regierung kontrolliert und somit das Land lenkt. Schließlich drängte der Armeechef Ahmed Gaid Salah auch Boutellika zum Rücktritt, um seine Macht nicht durch ein Festhalten an einem nicht mehr respektierten Staatsoberhaupt zu riskieren.

ne ebenfalls zur Marionette des Militärs?

Schon im Vorfeld stand die Neuwahl am 12. Dezember unter keinem guten Zeichen: Nur fünf der 23 Bewerber, von denen drei schon in früheren Regierungen unter Boutellika beteiligt waren, wurden von der Wahlkommission zur Wahl zugelassen. Alle gehörten zur herrschenden Elite. Auch die Wahl selbst wird von Kritiker\*innen stark attackiert: Sie wurde ohne Wahlbeobachter\*innen durchgeführt und auch internationale Journalist\*innen waren aufgrund verweigerter Visa nicht vor Ort. Kann diese Wahl also wirklich als Fundament für eine Demokratisierung Algeriens dienen?

Der neugewählte Präsident Tebboune erhielt bereits im ersten Wahlgang mit 58,15 % die absolute Mehrheit. Betrachtet man die Wahlbeteiligung von knapp 40% kann man dabei allerdings kaum von einer angemessenen Repräsentation des gesamten Volkes sprechen. Die Demokratiebewegung boykottierte die Wahl schon im Voraus mit der Begründung die Kandidaten stellten lediglich Nachfolger der herrschenden Elite dar.

## Nach der Wahl

Auch nach der Wahl halten die Demonstrant\*innen das Ergebnis für unrechtmäßig. Sie erkennen es weder an,

noch stellen sie ihre Proteste ein. Laut Vertreter\*innen der Bewegung wollen sie so lange demonstrieren bis Algerien eine wirkliche Demokratie ist und das Regime aus Vertrauten Boutellikas endgültig fällt.

Vor dem Hintergrund wird deutlich, dass auch der neue Präsident keineswegs diesen Forderungen entspricht. Tebboune war in der Vergangenheit bereits mehrfach Minister und 2017 sogar Ministerpräsident. Ein kompletter Neustart oder tiefgreifende Reformen des politischen Systems scheinen mit seiner Laufbahn unwahrscheinlich, da er als enger Freund des Armeechefs eindeutig auch militärischem Einfluss unterliegt. Diese Verbindung stellt somit keine Abschwächung der militärischen Machtstellung in Aussicht.

## Hat die Neuwahl die Demokratie somit in noch weitere Ferne gerückt?

Gegen das neue Staatsoberhaupt wird schon vor Amtsantritt landesweit protestiert. Aber nicht nur im Volk fehlt ihm die Zustimmung, auch intern wächst der Druck auf die algerische Regierung: Seit einigen Monaten werden Politiker\*innen aus dem Umfeld Boutellikas unter anderem wegen Korruption angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt.

## Hier hättet ihr ebenfalls Bilder sehen können

Und auch wirtschaftlich steht das neue Regime vor immensen Herausforderungen: Algeriens Wirtschaft hängt stark vom Export von Erdöl und Erdgas ab, wodurch bisher ein kontinuierliches Wachstum erreicht und die Staatskassen gefüllt werden konnten. Seit 2014 sinkt der Ölpreis jedoch stetig, sodass sich das Land bereits verschulden musste und auch in Zukunft vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen wird.

Allgemein wird es in Anbetracht dieser Entwicklung voraussichtlich nicht zu einem Abflachen der Proteste kommen. Trotz Versprechungen Tebbounes, eine tiefgreifende Reform der Verfassung durchzuführen und seinem Aufruf mit der Protestbewegung in den Dialog zu treten, sprechen seine politische Laufbahn und seine persönlichen Beziehungen für eine Weiterführung des korrupten Systems.

Die Tatsache, dass es bereits zu Verurteilungen ehemaliger Spitzenpolitiker\*innen gekommen ist, lässt jedoch hoffen, dass sich trotzdem langsam eine demokratischere Linie durchsetzen könnte.

## Umkehr der Kräfteverhältnisse?

Man spricht von einer Umkehr der Kräfteverhältnisse im Land, da das Volk sich gemeinsam wehrt, wäh-

rend die Regierung durch Korruptionsvorwürfe und wirtschaftliche Probleme gespalten wird. Die Demonstrant\*innen könnten diese Spaltung für einen Systemwechsel nutzen, wobei die Armee aufgrund der Stärke der Protestbewegung kaum dagegen vorgehen kann. Im Prinzip wird sie sogar gezwungen Algerien auf einem Weg in eine wirklich demokratische Gesellschaftsform zu unterstützen, wenn es nicht zu einem kompletten Umsturz des Systems und somit zu anarchischen Zuständen kommen soll.

Wenn sich diese Entwicklung so fortsetzt, könnte es also tatsächlich zu einer Demokratisierung Algeriens kommen, was erneut zeigen würde, wie viel ein Volk erreichen kann, wenn es gemeinsam auf die Straße geht und protestiert.

Doch bewirkt der Rücktritt des Präsidenten nun tatsächlich einen Umbruch oder wird das neue Staatsoberhaupt Abdelmadjid Tebbou-

# Brexit - Diesmal wirklich?

Großbritannien gespalten vom Brexitdebakel

von **Simon Peters**

Großbritannien hat zum zweiten Mal innerhalb von 2 Jahren gewählt. Boris Johnson konnte die absolute Mehrheit im Unterhaus gewinnen und hat – scheinbar – die konstitutionelle Macht, den Brexit zu einem Ende zu bringen und mit Großbritannien die Europäische Union zu verlassen. Und das alles, obwohl die Demonstrationen in London das Ausmaß verschiedener Montagsdemonstrationen in der DDR erreichten. Dieser Artikel befasst sich mit den offenkundigen Stärken der Anti-Brexit-Bewegung, aber auch ihren Schwächen und soll dabei im bescheidenen Umfang erklären, ob der Brexit diesmal wirklich passieren wird und warum die Opposition in der kürzlichen Wahl so kläglich gescheitert ist.

## Eine vielfältige Protestbewegung

Protestierende Massen vor dem House of Parliament in London sind kein ungewöhntes Bild für die weltweiten Medien. Seit dem Referendum im Juni 2016 handelt es sich um eine landesweite Protestbewegung, die sich nicht nur in den riesigen Demonstrationen in London zeigt, sondern auch in einer Online-Petition, die ein zweites Referendum fordert und bis März 2019 bereits 6 Millionen Unterschriften gesammelt hatte.

Schon am 2. Juli sowie im September 2016 nahmen

Tausende am „March for Europe“ teil. Neben den fortlaufenden Protesten gibt es auch einzelne große Aufmärsche und Demonstrationen, die insbesondere von der Kampagne „People’s Vote“ organisiert werden. Die Kampagne wurde im April 2018 gegründet und hat laut der Organisatoren des letzten Aufmarsches im Oktober 2019 über eine Million Demonstranten mobilisieren können. Auch kuriosere Proteste wie die Gruppe „Woofendum“, deren Mitglieder mit ihren Haustieren an den Aufmärschen teilnehmen, lassen sich problemlos finden.

Neben den Kampagnen und der organisierten Opposition gegen den Brexit gibt es auch Steve Bray. Bray hat im September 2017 die Ein-Mann-Bewegung „SODEM“ (Stand of Deliance European Movement) gegründet. Der 50-jährige Waliser ist auch bekannt als „Stop Brexit Guy“ und zieht Tag für Tag mit einer blauen Europajacke vor das Parlament, um gegen den Austritt Großbritanniens zu demonstrieren. Ursprünglich plante Bray zwar nur einen „Day of Action“, durch die Anreise etlicher Unterstützer\*innen aus dem ganzen Vereinten Königreich und dem Erfolg der einmaligen Aktion entstand jedoch SODEM und wurde zum Daily Parliament Protest. Die Liste der Opposition gegen den Brexit ist also, wie oben dargelegt, lang und

vielfältig. Doch dies ist ein Teil der Opposition außerhalb des britischen Parlaments. Denn, wenn tatsächlich eine Million, oder zumindest Hunderttausende, in London gegen den Brexit protestieren, muss es doch im Parlament Politiker geben, die den Schlachtruf der Demonstrierenden aufnehmen und in den Kampf gegen die Regierung führen. Oder?

## Ein vielfältiges Problem

Es gibt sie. Die parteiliche Opposition ist vorhanden. Doch sie hat viele und vielfältige Probleme. Großbritannien wird seit 2010 konservativ regiert und hatte in dieser Zeit drei Premierminister\*innen. Der letzte der drei und aktuell regierende PM Boris Johnson ist als erster in dieser Liste ein Befürworter des Austritts. Logischerweise könnte man also erwarten, dass die Hauptopposition in Gestalt der sozialdemokratischen Labour Party ein zweites Referendum unterstützen würde. Viele MPs im britischen Parlament tun dies auch und es gibt sie nicht nur in der Labour Party. Doch ein Teil des Problems kann in Jeremy Corbyn, dem Vorsitzenden der Partei, gesehen werden. Schon 2016 während dem Referendum geriet er innerhalb der eigenen Partei unter die Kritik, er habe nicht entschlossen genug für den Verbleib Großbritanniens geworden und eine halbherzige Remain-Kampagne ge-

führt. Das Fünkchen Wahrheit daran: Corbyn selbst äußerte sich schon häufig sehr skeptisch gegenüber der EU. Er hat zugegeben im Referendum 1975 für den Austritt des UK gestimmt zu haben und zeigt sich selten als Fürsprecher der EU ohne sie gleichzeitig zu kritisieren.

Zusätzlich dazu scheuten viele Briten das deutlich radikalere Programm von Labour. Verschiedene Kontroverse um Vorwürfe des Antisemitismus in der eigenen Partei, für die Corbyn eine ordentliche Entschuldigung und ernste Maßnahmen schuldig bleibt, besiegelten wohl letztendlich das Schicksal der Partei und bescherten ihr das schlechteste Wahlergebnis seit 1983.

Doch lange Zeit gab es auch eine Alternative zur Alternative zur Regierung. Die Liberaldemokraten, kurz LibDem, haben sich als einzige Partei entschieden gegen den Brexit positioniert und wurden in dieser Legislaturperiode mit zuletzt 9 „Überläufern“ der parlamentarische Anlaufpunkt für Gegner des Brexits im Parlament

## Die Frage nach dem Warum

Warum haben die LibDems also nicht deutlich besser abgeschnitten, obwohl Umfragen des Meinungsforschungsinstituts YouGov Jahres noch die Mehrheit der britischen Bevölkerung als Befürworter des Verbleibs in der EU sah? Zunächst hatte Jo Swinson kaum die Gelegenheit sich gegenüber Corbyn oder Johnson zu profilieren, da sie erst ein knappes halbes Jahr im Amt war. Darüber hinaus hat das britische Wahlsystem ein stärkeres Abschneiden verhin-

dert. Da es keine Zweitstimme gibt und damit ein Zweiparteiensystem fördert, solange es keinen bedeutenden gesellschaftlichen Wandel gibt, kommen die LibDems trotz 11,5 % der Stimmen nur auf 1,7 % der Sitze im Parlament.

## Ein vielfältiges Scheitern

Damit hat sich die Protestbewegung letztlich nicht durchsetzen können. Eine Wahl ist stets der Maßstab für die Stärke von gesellschaftlichem Unmut und der Unmut über den Austritt des Vereinigten Königreiches scheint, laut dem Wahlergebnis, nicht groß genug gewesen zu sein. Stattdessen hat Johnson die absolute Mehrheit errungen und am 20. Dezember sein Austrittsabkommen mit der EU vom Parlament ratifiziert bekommen.

Viele sehen die Schuld bei den Parteien. Der Londoner Medienprofessor Charlie Beckett hat Labour noch am Wahlabend als „katastrophal unnütze Opposition von historischem Ausmaß“ bezeichnet. Sowohl Swinson als auch Corbyn haben ihre Konsequenzen aus dem Scheitern gezogen und ihre Rücktritte verkündet.

Auch andere Charaktere des Protests haben die Niederlage akzeptiert und das Feld geräumt. Steve Bray, der übrigens auch für die Liberaldemokraten in seinem Wahlkreis kandidiert und verloren hat, entschloss sich nach 847 Tagen seine täglichen Pro-

teste zu beenden. Er selbst sagte „we are all going to hell after Brexit happens“, was seine Bitterkeit und Resignation vermuten lässt.



Doch auch in der Resignation lag das Scheitern des Protests. Am 29. Oktober befragte YouGov knapp 3200 Erwachsene, ob sie eine „Brexit-Fatigue“ verspüren, worauf 70% die Frage bejahten. Viele Bürger\*innen Großbritanniens scheinen ein Ende des Brexit-Dramas herbeizusehnen, wo es doch in den letzten drei Jahren die Tagespolitik bestimmt und das Parlament zum Teil gelähmt hat. „Get Brexit Done“ war die Wahlbotschaft Johnsons und es scheint, als habe das viele Wähler\*innen angesprochen. Trotz unablässiger Proteste, die in der Landesgeschichte bisher ungesehen waren, hat der Tunnelblick vor der Zielgeraden den Blick vieler Wähler\*innen auf die Problematik des Brexits verzerrt. Auch wenn Meinungsumfragen es so aussehen lassen, als hege die Mehrheit der britischen Bevölkerung den geheimen Wunsch in der EU zu verbleiben, wird der Brexit diesmal wirklich passieren.

# Kosten des Protests für die Demokratie

von **Dr. Eva Marlene Hausteiner**

Können wir uns Protest leisten? Öffentliche Reaktionen auf freitägliche Schulstreiks, Extinction Rebellion und „Hambi“-Blockaden haben in den vergangenen Monaten immer wieder die hohen Kosten betont, die Proteste verursachen – vor allem solche Proteste, die als ziviler Ungehorsam trotz aller Gewaltfreiheit Gesetze bewusst brechen und damit Stau, Schulausfall und Umsatzeinbrüche verursachen. Proteste stören den reibungslosen Ablauf des kollektiven Alltags – und zwar meist vorsätzlich.

Verschiedene demokratietheoretische Ansätze – etwa die deliberative und die radikale Demokratietheorie – lenken unseren Blick dagegen auf jene weniger deutlich sichtbaren Kosten, die gerade dann anfallen, wenn Protest ausbleibt. Demonstrationen und Protestbewegungen gehören demnach zum notwendigen Repertoire moderner, pluralistischer Demokratie – ohne sie fehlt ein Scharnier zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, etwa in Situationen unvorhergesehener Entwicklungen, die die letzte Wahl (und z. B. der letzte Koalitionsvertrag) möglicherweise noch nicht abgebildet hat. Über diese die parlamentarische Repräsentation ergänzende Bedeutung hinaus nehmen Protestbewegungen in den letzten Jahren

vor dem Hintergrund einer vielfach diagnostizierten „Krise der Repräsentation“ (Franz Walter) oder „Post-Demokratie“ (Colin Crouch) eine noch fundamentalere Rolle ein: Angesichts rückläufigen Vertrauens in die Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie sowie sinkender Wahlbeteiligung kommt informelleren und besonders kritischen Formen politischer Partizipation ein doppelter Stellenwert zu.

Einerseits handelt es sich bei Protest um ein Alarmsignal: Was Bewegungen von Occupy über Pegida bis hin zu Extinction Rebellion vereint, ist eine Abwendung von den repräsentativen Kanälen politischer Entscheidung hin zu einer direkten Ansprache der Bevölkerung. (Hier ist auch eine Unterscheidung zu Fridays for Future zu treffen, die zwar die breite Bevölkerung mobilisieren wollen, deren Adressat aber die gewählten RepräsentantInnen sind, von denen eine entschlossenere Klimapolitik gefordert wird.) Das Anwachsen und die Vervielfältigung von Protestbewegungen kann also als Indikator eines nicht hinreichend leistungsfähigen Repräsentationssystems gelesen werden, das Sehnsüchte nach direkteren Formen politischen Handelns weckt.

Andererseits aber sind Proteste als Ausdrucksform so-

zialer Bewegungen ein nicht nur legitimes, sondern auch immer wieder nötiges Korrektiv für politisches Elitenhandeln – in bestimmten Politikbereichen (wie etwa der Umwelt- und Klimapolitik) oder auch als breit angelegte Fundamentalkritik gegenwärtiger Herrschaftsverhältnisse. Nicht umsonst sind Demonstrationen im Rahmen des grundgesetzlich verbürgten Versammlungsrechtes nicht genehmigungspflichtig – sie können lediglich, in stark begründungsbedürftigen Ausnahmefällen, untersagt oder verschoben werden. Protesten kommt eine zentrale Rolle im politischen Agenda-Setting wie auch in der Herrschaftskritik seitens des demokratischen Souveräns zu.

Die Delegitimierung bestimmter Protestbewegungen seitens derer, die mit dem jeweiligen Protestanliegen nicht d'accord gehen – ob Regierungs- oder Oppositionsparteien, ob Unternehmen oder andere gesellschaftliche Gruppen –, spielt aus Sicht deliberativer und radikaler Demokratietheorien also mit dem Feuer: Sie riskiert immer auch eine Delegitimierung von Protest insgesamt – und damit den Verlust eines demokratisch essentiellen Seismographen *und* Korrektivs in komplexen und pluralistischen Gesellschaften.

## Steckbrief: Dr. Eva Marlene Hausteiner

### Studium:

Politikwissenschaften, Russistik, VWL an der HU Berlin und der Uni Potsdam

### Dissertationsthema:

Greater than Rome - Neubestimmungen britischer Imperialität 1870-1914, erschienen 2015 bei Campus

### Habilitationsthema:

Challenging Federalism: Centralization, Expansion, and Expulsion in Federal Political Thought

### Lehrveranstaltungen:

WiSe 2019/20:

Masterseminar Ideengeschichte und Kritik der Geopolitik,  
Bachelorseminar Digitalisierung und Demokratie

SoSe 2020:

Masterseminar Karl Marx Lektüreseminar,  
Bachelorseminar Föderalismus in der Politischen Theorie

### Lieblingsort in Bonn:

Natürlich der Hofgarten



# Warum eigentlich Partizipation?

Über die Freiheit zur Beteiligung und Pflicht zum Engagement

von **Cristina Psenner**

**Sag es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich, und ich werde es verstehen ~ Lao Tse**

Der Begriff Partizipation kommt, wie sollte es auch anders sein, aus der Mutter aller Sprachen, dem Lateinischen. Ins Deutsche übersetzt bedeutet „Particeps“ so viel wie „die Teilnahme ergründend“.

Mitzuwirken ist oftmals ein simpler und schnell erreichter Prozess, nimmt man zum Beispiel an Lerngruppen oder Diskussionen teil. Doch mit dem Begriff Partizipation verbinden die meisten eher politisches Engagement. Wir denken unweigerlich an Demos, Petitionen und aufgebrauchte Menschen mit Megafonen. Dass die heutige Generation bei Partizipation direkt den Bogen zur Politik schlägt, zeigt nur, wie wichtig uns heute das Gestalten unserer eigenen Zukunft ist. Und nun stellt sich die Frage: Ist politische Partizipation überhaupt so viel schwerer als Lerngruppen zu bilden?

Ende November warteten einige Bonner Studierende vor der Universität mit einem großen Banner auf dem sich viele bunte Handabdrücke tummelten. Für einen Tag konnten wir uns wieder wie im Kindergarten fühlen, unsere Hände in rote und blaue Farben tunken und dann auf das Banner klatschen. Und schon hatten wir einen klei-

nen Teil zur Klimademo beigetragen. Denn in der Mitte aller Handabdrücke zierte die Aufschrift.

„Es ist 5 vor 12“ 5 vor 12 für das Klima. Aber auch 5 vor 12, um etwas dagegen zu tun?

## Being Part & Partizipieren

Schon in den zwanziger Jahren findet sich der Begriff Partizipation erstmals in reformpädagogischen Ansätzen. Das heißt also in Methoden zur Kindererziehung. Vor hundert Jahren begann man damit einen demokratischen Erziehungsstil anzustreben. Kinder und Jugendliche sollten fortan an der Erziehung beteiligt werden, Werte und Normen der Eltern nicht nur aussitzen, sondern verstehen und vor allem sollten sie Eines: Mitwirken. Der deutsche Theologe Richard Schröder sagte dazu einst:

„Diese Pädagogik [war] eingebettet in die Zukunftsvision, dass eine künftige (...) Gesellschaft nur von Menschen gestaltet werden kann, für die Demokratie und Gleichheit in allen Bereichen der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein würde und die bereit und fähig sind, politische Verantwortung zu übernehmen.“

Erst mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden verschiedene Partizipationsformen, wie beispielsweise die Versammlungsfreiheit umgesetzt, die

bis heute wichtig(st)er Bestandteil unseres Grundgesetzes ist. Diese Rechte galten zunächst nur für Erwachsene. Das änderte sich gut 40 Jahre später mit der UN-Kinderrechtskonvention. Einer der Artikel dieses Beschlusses sollte das Bild des Kindes für immer ändern. Ab sofort stand ihm ein Recht auf Meinung, Versammlungen und Mitwirkung zu. Kinder hatten ab sofort Recht darauf, dass ihre Meinungen in der Gesellschaft Gehör und Berücksichtigung finden.

In Greta Thunberg und anderen Aktivist\*innen ihres Alters können heute die direkten Erfolge dieses Konzepts gesehen werden. Denn es ist die Jugend, die die großen Klimabewegungen anführt.

## Eine Frucht der Vergangenheit?

Politisches Partizipieren ist für viele Jugendliche heute eher Pflicht als eine Freiheit. Gerade, wenn es um Themen wie Klima und GroKo geht, nutzen viele ihr Recht mit dem Hintergedanken 'wenn ich es nicht mache, wer denn sonst? Und wenn nicht jetzt, wann dann?'

Diese rhetorische Frage, die auch einem Konzert der Kölner Band „Die Höhner“ entstammen könnte, ist vor dem traurigen Hintergrund zu erklären, dass das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik zunehmend von starkem Vertrauensverlust geprägt



ist. Die aktuelle Shell Studie ergab, dass sich die Jugendlichen viel mehr für Politische Belange interessieren und einsetzen, als noch 10 Jahre zuvor. Gleichzeitig untersuchte man jedoch auch den Hintergrund dieses Trends und fand dabei heraus, dass mehr als zwei Drittel mit der Sorge leben, dass Politiker sich nicht um ihre Interessen kümmern und Probleme nur vor sich herschieben. Kein Wunder also, dass die meisten heute selber „mitspielen“ wollen. „Fridays for future“-Aktionen sind keine Neuheit mehr, das Thema wurde fast schon tot geredet. So tot, dass Aktivist\*innen wie Luisa Neubauer sich enttäuscht zeigen: „Wir dachten, wir steigen ein oder zwei Monate. Und jetzt stehen wir immer noch hier- nach 50 Wo-

chen.“ Demos, überall auf der Welt, sogar in der Arktis, und trotzdem nur „Klimapäckchen“? Da kann Frustration auftauchen und mit ihr die Frage: Bringt es noch etwas, sich zu beteiligen?

## Die Antwort darauf ist ein klares Ja!

Wir haben so lange demonstriert und die Welt aufgerüttelt, bis die Themen, die uns beschäftigen, bis zur Regierung vorgebracht sind. Die Rede sei nicht nur von FFF, wir haben es auch möglich gemacht, uns heute direkt an der Politik zu beteiligen. Derzeit sitzen überall in Deutschland, auch in NRW, Abgeordnete in sogenann-

ten Jugendparlamenten und haben die Möglichkeit, ihre Gedanken und Reformen, z.B. zur Bildung und Gestaltung des Schullebens umzusetzen.

Das muss auch so sein, zumindest wenn es nach der Bertelsmann Stiftung Deutschland geht, die Projekte wie „MitWirkung.“ ins Leben gerufen hat, um Jugendliche stärker einzubeziehen. Sie handeln zielgerichtet nach der Überzeugung, die auch schon Kofi Annan vor langer Zeit vertrat, in dem er bemerkte, dass die Gesellschaft sich die Hauptader abschneidet, lasse sie die Jugend außen vor.

## Generation Z?

Die heutige „Hauptader“ kann jetzt schon mit Stolz auf vieles zurückblicken, was bisher erreicht wurde. Auf das Aufrütteln der Gesellschaft aber auch auf das Setzen neuer Trends insbesondere zur Nachhaltigkeit, zum gegenseitigem Respekt und zur Gender Equality. Trends, deren Auswirkungen heute mehr als bisher spür- und messbar sind.

Die derzeitige Generation hat die Zukunft schon jetzt maßgeblich geprägt. Und warum auch nicht. Politisches Engagement kann so einfach sein. Sei es nur, sich die Hände bunt zu malen. Auf die ein- oder andere Weise können wir alle an Ereignissen und Entscheidungen um uns herum teilhaben und im wahrsten Sinne so unsere Spuren hinterlassen.

# MeToo- Debatte: ein richtiger Ansatz?

Über Frauenrechte, Geschlechterrollen und Gendergerechtigkeit

In Brüssel stehen rote Schuhe auf der Straße und Rufe nach „Retreat“ für den Opernsänger Plácido Domingo, dem sexuelle Belästigung vorgeworfen wird, werden immer lauter. Die Straßen sind voll von Plakaten und bunten Gesichtern am 25. November 2019, dem weltweiten Gedenktag für Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ein in der Farbe Orange angestrahltes EU-Parlament („Orange the World“), ein Schweigemarsch für von Partnern ermordete Frauen in Malaga - die Massenaktionen auf der ganzen Welt sind vielfältig. Auch in Ländern, in denen Frauenrechte wenig gelten, wie zum Beispiel in Pakistan oder Südafrika, melden sich Feminist\*innen zu Wort.

Es gab viel Engagement für Frauenrechte in den letzten Jahren. Denken wir zurück an die prominente MeToo-Bewegung, die im Oktober 2017 mit dem Weinstein-Skandal begann. Der Filmproduzent Harvey Weinstein wurde von dutzenden Frauen sexuelle Belästigung oder sogar Vergewaltigung vorgeworfen. Die öffentlichen Medien griffen den Fall auf und die Schauspielerin Alyssa Milano initiierte den Hashtag für Opfer von Übergriffen. Promis und Privilegierte setzten ein Zeichen gegen sexuellen Missbrauch und machten von ihrer Vorbildfunktion für den Rest der Bevölkerung Gebrauch. MeToo verbreitete sich wie ein Lauffeuer und immer mehr Frauen bekannten sich zu ihren Missbrauchserfah-

rungen. Es wurde versucht, die Arbeitswirklichkeit für Frauen sicherer zu machen und sie vor Übergriffen zu schützen.

## Doch wie steht es wirklich um die Frauenrechte circa 2 Jahre danach?

Laut der Studie „Looking Ahead: How What We Know About Sexual Harassment Now Informs Us of the Future“ von Leanne E. Atwater u.a. von 2019 trauten sich nun mehr Frauen sexuelle Übergriffe zu melden (74%), und das Thema sei einfach generell präsenter geworden. Doch Männer hätten nun Angst, dass sie für Taten beschuldigt würden, die sie nicht begangen hätten. Es gäbe nun mehr Männer, die nicht eine attraktive Frau einstellten, eine Zweierbegegnung mit einer Frau mieden und sie nicht auf eine Geschäftsreise schicken würden. Die Zahlen, die die Studie liefert, sind gering, aber steigend. Die Anzahl der Männer, die ungerne eine attraktive Frau einstellen würden, stieg von 11% in 2018 zu 19% in 2019.

Dass Frauen von einer sie unterstützenden Bewegung negative Folgen zu erwarten hätten, wäre traurig. Es kann aber durchaus angenommen werden, dass auch weiterhin die Anzahl der nicht angezeigten Übergriffe die der Fehlanzeigen (so schlimm diese im Einzelfall auch sind) bei weitem übersteigt. Die Zahl der Übergriffe gegen Frauen ist in zum Beispiel

von **Hannah Krähling**

Deutschland nicht zurückgegangen (jährliche Studie „Partnerschaftsgewalt- Kriminalstatistische Auswertung“, Bundeskriminalamt). Laut der Soziologin und Gewaltforscherin Monika Schröttle ist die Gewalt gegen Frauen keine Einzeltat, sondern Merkmal einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft.

## Ein Schritt in die falsche Richtung?

Nein, denn sie liefert einen Spiegel für die Privilegierten, die ihre Taten vor sich selbst rechtfertigen und nicht an Konsequenzen glauben. Sie vermittelt den Betroffenen das Gefühl, nicht allein zu sein. Ein Problem, was diese positive Entwicklung hemmt, ist, dass unser Geschlechterverständnis nicht nur die Andersartigkeit der beiden Geschlechter - ja, es gibt einen Unterschied zwischen Mann und Frau - vermittelt, sondern es stellt Männer als die Überlegenen dar: das klischeehafte „starke Geschlecht“. Es impliziert, dass Männer wichtiger für unsere Gesellschaft wären und größere Kapazitäten hätten - die Übergriffe sind ein Schatten dieses Bildes.

Denn Geschlechtererziehung beginnt schon im Kindergarten und in der Schule. Ohne dass wir es bewusst beabsichtigen, lernen unsere Kinder Stereotypen durch Spielzeug, das wir ihnen geben, kennen und dadurch lernen sie, wie sie sich verhalten sollen. Schaut man in der



Weihnachtszeit in die Schau- fenster, ist leicht zu erkennen, dass die meisten Spielsachen geschlechtsspezifisch sind. Sie sind sogar noch geschlechtsbezogener als vor 50 Jahren (Elizabeth Sweet: The Atlantic 2014). Die traditionellen Geschlechterrollen dürfen sich nicht erst im Unterbewusstsein festsetzen. Woran liegt es, dass Männer sich offenbar einfach besser verkaufen können, und auch bei Themen, von denen sie keine Ahnung haben, selbstsi-

cher auftreten? Die Vorwerk Familienstudie von 2013 zeigt, dass noch immer, obwohl die Feminismuswelle der 70er Jahre schon so lange zurückliegt, dieses Rollenverständnis im Unterbewusstsein ausgeprägt ist. 1993 fanden es noch 54% der Frauen selbstverständlich, dass der Mann für die Karriere der Frau zurücksteckt, 2013 nur noch 48%.

## Notwendige Reformen in der Erziehung für eine geschlechtergerechte Welt

Ein Umdenken der Gesellschaft muss stattfinden und MeToo und andere Protestbewegungen sind ein guter Schritt in die richtige Richtung, weil sie Aufmerksamkeit erregen und Selbstbewusstsein vermitteln können. Genauso wichtig ist das Umdenken in der Erziehung, was den Umgang mit Geschlechterrollen in Elternhaus, Schule und Öffentlichkeit betrifft.

Wie können wir aber etwas ehrlich vermitteln, wonach wir selbst nicht leben und das noch nicht vollkommen bei uns angekommen ist? Unsere Generation wird nicht in der Lage sein, dieses Thema vollständig zu bewältigen. Zum Beispiel wird es laut dem Weltwirtschaftsforum noch etwa ein Jahrhundert dauern, vorausgesetzt die Entwicklung geht in diesem Tempo weiter, bis eine vollkommene Gleichberechtigung in der Berufswelt weltweit erreicht ist. Es müssen typisch weibliche Berufe wie Erzieherin oder Krankenschwester finanziell und ideell männlich dominierten Berufen gleichgestellt werden. Mädchen sollten nicht in typisch weibliche Felder gedrängt werden, aber diese Berufsfelder müssen auch als gleichwertig anerkannt werden. Das wird noch ein langwieriger Prozess mit vielen Rückschlägen, aber Hartnäckigkeit und Protest werden uns dabei helfen.

# Die Mär vom bösen Populismus

Wann wird Populismus zur Hetze?

von **Danny Weser**

Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Populismus. So pointiert wie die beiden intellektuellen Revolutionäre Karl Marx und Friedrich Engels die Rolle des Kommunismus im 19. Jahrhundert beschrieben, so lässt sich diese Metapher auf das gesellschaftliche Bild des *Populismus* in der heutigen Gesellschaft übertragen.

Genau wie der Kommunismus damals, wird der Populismus heute von herrschenden Strukturen gefürchtet und inhaltlich diskreditiert.

Genau wie der Kommunismus ist der Begriff des Populismus in der öffentlichen Debatte semantisch negativ belegt. Der *Kommunist* des 19. und 20. Jahrhunderts ist also im Angesicht des Spiegels der öffentlichen Wahrnehmung im Grunde nichts anderes als der *Populist* des 21. Jahrhunderts.

Natürlich weist der Vergleich ein wesentliches Delizit auf. Denn der Populismus ist, anders als der Kommunismus, immer nur ein *Mittel* und niemals der *Zweck*. Genau das führt uns zur eigentlich wesentlichen Frage: Was bedeutet Populismus überhaupt?

## Im Kern eine Strategie

Der Begriff Populismus entspringt ursprünglich dem lateinischen Wort „*populus*“ (Volk) und hat eine lange historische Entwicklung hinter sich, die verschiedene Begriffskonnotationen in unterschiedlichen Kulturräu-

men nach sich zog. Hierzulande dient der Begriff des Populismus in aller Regel als politischer Kampfbegriff, der auf die inhaltliche Diskreditierung des politischen Gegenübers abzielt.

Er umfasst im Kern zwei Elemente: Zum Einen versuchen Populist\*innen sich als Vertreter\*innen eines „wahren Volkswillens“ zu inszenieren. Andererseits verstehen sie sich als Gegenstimme zum herrschenden Establishment. Populistische Akteur\*innen gelten als Menschen, die anderen Menschen für sehr komplexe Sachzusammenhänge scheinbar einfache Lösungen anbieten. An genau dieser Stelle verläuft die Kontroverse.

## Mittel zur Bekämpfung einer Überkomplexität

Der Populismus scheint im Umkehrschluss also nichts anderes zu sein als ein Mittel zur Bekämpfung von Überkomplexität im Alltag der Menschen, ja fast als ein Brückenbauer zwischen den komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen auf der einen Seite und der Lebensrealität der Masse der Menschen auf der anderen Seite.

Wie der Populismus schon in seiner Begriffsbedeutung die Verbindung hin zum „Volk“, also letztlich den Bürger\*innen, zieht, so fungiert er auch heute als Mittel zur inhaltlichen Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Politik und Menschen.

Denn nicht jede\*r verfügt über ausreichende Kapazitäten sich im Alltag mit komplexen gesellschaftlichen Problemen tiefgehend auseinanderzusetzen.

Es scheint also nur realistisch und sinnvoll bei der Erklärung, Vermittlung und auch der eigenen Positionierung, diese komplexen Sachverhalte auf ihren *wesentlichen Kern* zu reduzieren.

Es muss also der inhaltliche Kern eines Sachverhalts unverfälscht bleiben, während die um diesen Kern herum konstruierte Aussage zum Beispiel die individuelle politische, ideologische, religiöse etc. *Färbung* des Sachverhalts darstellt.

Färbung bedeutet in diesem Fall, den inhaltlichen Kern eines Sachverhalts mit einer individuell festgelegten Konnotation zu belegen. Man könnte auch vom Versuch sprechen, den *Inhalt eines Sachverhalts in eine gewisse Richtung zu lenken*. Solange Populismus im Stande ist, eben diesen wesentlichen inhaltlichen Kern beizubehalten, ist er letztlich nur ein politisches Instrument.

Im Idealfall trägt er dazu bei, eine typische „win-win“-Situation zu erzeugen und zwar so, dass die Menschen auf der einen Seite ein klareres Verständnis für komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge entwickeln und auf der anderen Seite dafür sorgt, dass politische oder gesellschaftliche Akteur\*innen durch die individuelle

Färbung des Sachverhalts ihre Positionierung verdeutlichen und so durch Zustimmung an Einfluss gewinnen. Selbst die Definition des Populismus selbst, also die Funktion als Gegenstimme zum Establishment und die Selbstinszenierung der Populist\*innen als Vertreter\*innen eines wahren „Volkswillens“, lässt sich nüchtern betrachtet entdämonisieren.

## Ursprüngliche Aufgabe der Opposition

Wenn man die jeweilige Regierung als zu kritisierendes Establishment auffasst, so lässt sich festhalten, dass es seit jeher eine essenzielle Aufgabe politischer Opposition war, die handelnde Regierung inhaltlich, auch scharf, zu kritisieren, um sich nicht mit ihr gemein zu machen.

Auch wenn die Formulierung der „Vertreter des wahren Volkswillens“ wie ein altertümliches Relikt aus längst vergangenen Zeiten erscheint, so bedeutet diese Aussage im Kern lediglich, dass politische Akteu-

r\*innen das Selbstbild entwerfen, ihre politischen Handlungen würden für die Mehrheit der Menschen die besten Resultate liefern. Diese beiden Grundsätze des Populismus sind also nüchtern betrachtet weniger gefährlich, als eher vorteilhaft für eine lebendige und streitbare Demokratie. In der Folge wird die politische Profilierung der Akteur\*innen begünstigt. Dadurch wird ein politischer Wettbewerb um die besten Ideen, die besten Lösungen erschaffen. Letztlich ist der Populismus also eine Strategie die Gunst der Menschen zu gewinnen und damit ein Mittel zum Machterwerb.

Natürlich wandert der Populismus stets auf einem schmalen Grad zwischen politischem Instrument und politischer Hetze. Aber egal ob es sich um *linken* oder *rechten* Populismus handelt, so ist die potenziell zerstörerische Kraft des Populismus nie auf das eigentliche Instru-

ment, sondern nur auf das *Individuum* oder die *Gruppe* zurückzuführen, die den Kern eines Sachverhalts mit ihrer politischen Auffassung eben so (ver-)färbt. Das Mittel Populismus muss also stets losgelöst von der, von den Akteuren vorgenommenen, inhaltlichen Färbung bewertet werden.

## Populismus als politisches Instrument

Wenn es der Populismus schafft, den schmalen Grad zwischen Hetze und Strategie unter Beibehaltung des wesentlichen Kerns des Sachverhalts zu meistern, dann ist er letztlich nur ein politisches Instrument, das ein besseres Sachverständnis der Bürger\*innen fördert, zur politischen Profilierung und damit einhergehend zum Machterwerb. Wenn genau dafür ein nüchternes Verständnis in der Gesellschaft aufkommt, dann verliert das Gespenst des Populismus auch seinen Schrecken.

# Mit Bild wäre schöner

# Von der Elite - für die Elite!

Wie viel Volk steckt in elitären Volksparteien?

von **Lara Ettl**

Wir Studentinnen und Studenten der Politikwissenschaften wissen, dass ein wichtiges Merkmal, um populistische Parteien oder Bewegungen zu erkennen, unter anderem die Anti-Establishment-Haltung dieser ist. Populist\*innen sprechen angeblich für das sogenannte „einfache Volk“ und richten sich gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Eliten.

Wenn wir uns jedoch die führenden Köpfe des Populismus heute angucken, muss man sich da nicht fragen, ob diese nicht gerade selbst die Elite sind?

Donald Trump, der Sohn eines Multimillionärs, der mit Hotels, Casinos und Immobilien laut Forbes ein Vermögen von schätzungsweise 3,1 Milliarden Dollar (Stand Anfang 2019) erwirtschaftet hat, hält seine Steuererklärungen vor der Öffentlichkeit verborgen. Seine designierten Minister\*innen Ende 2016 besaßen mehr Vermögen als ein Drittel der US-Bevölkerung, waren größtenteils weiße männliche Militärs oder kamen aus der Wirtschaft und der Industrie. Trump möchte also die Interessen der „einfachen Bevölkerung“ vertreten und empört sich über die in seinen Augen korrupte und abgehobene politische Elite?! Das ist doch bigott.

Aber wir müssen uns ja nicht direkt den dicksten Fisch im Teich angucken. Die Populist\*innen stehen ja direkt vor der Tür.

Die Alternative für Deutschland hat als bürgerliche Honoratiorenpartei angefangen. Sie hat sich nicht aus dem Volk entwickelt, sondern wurde von oben unter anderem von Bernd Lucke, einem Professor für Makroökonomie und Hans Olaf Henkel, der zeitweise Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie war, gegründet. Und wenn wir uns auch heute die erste Reihe der Partei angucken, können wir feststellen, dass der neu gewählte zweite Partei-



vorsitzende Tino Chrupalla, als gelernter Maler und Lackierer, sprich Handwerker, nur ein Feigenblatt der Partei darstellt; übrigens genau wie Angela Merkel als Frau bei der Union.

Jörg Meuthen ist Wirtschaftswissenschaftler; Alexander Gauland, Beatrix von Storch und Stephan Brandner sind studierte Jurist\*innen und Alice Weidel ist eine erfolgreiche Unternehmensberaterin. Wie war das mit der Unter- und Mittelschicht? Natürlich verfolgen alle diese

Personen ihr bourgeois Klasseninteresse oder?!

## Aufschluss gibt die Steuer- und Wirtschaftspolitik

Doch es reicht nicht, sich nur die Personen anzugucken. Die AfD fordert auf ihrer offiziellen Webseite die Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote, eine Reformierung der Steuersysteme, den Rückbau der Bürokratie und eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik. Da drängen sich mir die schrecklichen neonfarbenen Plakate der FDP mit einem schwarz-weißen Christian Lindner von der letzten Bundestagswahl ins Gedächtnis. Da sind sich zwei Parteien in Wirtschafts- und Steuerfragen wohl ziemlich ähnlich.

Die AfD möchte laut „Spiegel“-Informationen das Arbeitslosengeld I privatisieren und der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung soll abgeschafft werden. Die Arbeitnehmer\*innen sollen doch privat vorsorgen, z.B. mit Aktien, wie Friedrich Merz (CDU) vorschlug. Doch davon abgesehen, dass die wenigsten Menschen wissen, wie man klug im Aktiengeschäft investiert und dass Aktien begrenzt sind; was passiert, wenn das Unternehmen in eine Krise gerät oder pleite geht? Dann muss man im Alter hungern! Außerdem könne, laut der AfD, doch auch die Familie finanziell unterstützen. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass Armut

häufig die ganze Familie betrifft und auch weitervererbt wird - genauso wie Reichtum, aber die Erbschaftssteuer soll es nach Information der „WELT“ auch nicht mehr geben.

Des Weiteren möchte die AfD die Unfallversicherung sowie die Gewerbesteuer streichen. Letzteres ist die Haupteinnahmequelle der Kommunen. Dieses Geld wird für die Infrastruktur und damit für die Bürgerschaft eingesetzt: zum Beispiel in Schulen, Vereinen, für den Straßenbau und ein kulturelles Angebot und vieles mehr. Aber ein vielfältiges kul-

turelles Angebot ist ja nicht gewünscht.

Die AfD ist folglich nicht nur eine stramm rechte Partei, die in Teilen rassistisch und faschistisch ist, sondern auch eine wirtschaftlich neoliberale Partei, die den Einfluss des Staates in die Wirtschaft einschränken möchte. Die Entsolidarisierung, die die AfD schon gesellschaftlich erreicht hat, will sie nun auch noch verstärkt ökonomisch vorantreiben.

Es solle keine kollektive Verantwortung mehr gegenüber dem Individuum geben. Jeder ist für sich selbst der Nächste.

Die AfD gibt sich fälschlicherweise als Schutzpatron des kleinen Mannes aus, aber leider bleiben seine Feindbilder die Flüchtlinge, Muslim\*innen und Klimaaktivist\*innen.

## Steckbrief: Dr. Moritz von Stetten

**Studium:** Magister in Politikwissenschaft, Soziologie, Philosophie (Universität Heidelberg, University of Manchester/UK)

**Promotion:** Theater- und Medienwissenschaft (a.r.t.e.s Graduiertenschule / Institut für Medienkultur und Theater, Universität zu Köln)

### Dissertation:

Die Dissertation beschäftigt sich mit den interdisziplinären Lesarten des Spätwerks von Niklas Luhmanns Systemtheorie. Sie wurde 2018 als Buch bei Velbrück Wissenschaft mit dem Titel "Verfremdungsspiele. Vier Formen des systemtheoretischen Denkens" veröffentlicht.

### Forschungsschwerpunkte:

Soziologische Theorie (vor allem Systemtheorie, Leibphänomenologie, Pragmatismus), Medizinsoziologie (vor allem psychische Erkrankungen), Soziologie des Körpers, politische Theorie und Soziologie

### Lehrveranstaltungen:

Lektürekurs zu Helmut Plessner (WS 2019/20), Soziologie der Zeit (SS 2020)

### Lieblingsort in Bonn:

Ich wohne in Köln und kenne mich nicht gut aus; aber auf jeden Fall gehört die Bundeskunsthalle dazu.

### Beschreiben Sie sich in drei Worten:

Empathisch, neugierig, zuverlässig



# Dozentenkommentar zum Thema „Proteste“

von Dr. Moritz von Stetten

Greta Thunberg musste so einiges wegstecken im vergangenen Jahr. Sie wurde mit Beschimpfungen, Drohungen, Hass-Kommentaren und Vergewaltigungsphantasien überschwemmt. Aufgrund ihrer vermeintlichen Asperger-Erkrankung wird ihr zu einem Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik geraten, und Donald Trump hat ihr kürzlich nahegelegt an ihrem "anger management" zu arbeiten. Einen ersten Höhepunkt hat diese Debatte wohl erreicht als ein nicht weiter erwähnenswerter Politikwissenschaftler angemerkt hat, dass wenn Greta Thunberg die Reife hätte, Weltpolitik zu betreiben, man auch nichts dagegen einwenden könne, dass der kürzlich verstorbene Investmentbanker Jeffrey Epstein 16-jährige Mädchen für sexuelle Handlungen bezahlt hat.

Man muss einiges aushalten, wenn man öffentlichkeitswirksam protestiert. Und scheinbar muss man einiges mehr aushalten, wenn man mit einem psychischen Leiden diagnostiziert wurde und noch nicht volljährig ist. Die amerikanische Soziologin Naomie Klein hat dieses Argument auch einmal umgedreht: sie glaubt, dass Greta Thunberg gerade deswegen so hemmungslos und öffentlichkeitswirksam korrupte und verlogene Staatsoberhäupter anschreien kann, weil sie aufgrund ihrer Asperger-Erkrankung sowieso kein Interesse daran hat, was andere von ihr denken.

Was sagt nun aber die Soziologie zu Protesten und zum Engagement von Jugendlichen wie Greta Thunberg? Kann uns die Soziologie dabei helfen zu verstehen, wie wir uns verhalten sollen?

Innerhalb der Soziologie stehen sich beim Thema Protest zwei theoretische Richtungen unversöhnlich gegenüber. Auch wenn sich manche davon angegriffen fühlen werden, nenne ich die beiden Positionen an dieser Stelle einfach mal verkürzt "konservativ" und "links".

Die klassisch konservative Position hat Niklas Luhmann einmal mit der prägnanten Formulierung auf den Punkt gebracht, dass man gegen Komplexität nun einmal nicht protestieren könne. Aus dieser Perspektive haben soziale Bewegungen, die gegen Umweltverschmutzung, Krieg oder Fremdenhass auf die Straße gehen, nicht verstanden, dass Gesellschaften nun mal komplizierte Organismen sind. Die Fridays for Future Bewegung kann von der konservativen Soziologie höchstens mit einem milden Lächeln rechnen, wenn sie fordert, dass die Wissenschaft mit ihren Erkenntnissen zum menschengemachten Klimawandel erhört werden soll.

Konservativ sein heißt hier, darauf hinzuweisen, dass Politik eben keine Wissenschaft und Wahrheitssuche ist, sondern ein nerviger, unfairer, ungerechter Kampf um Positi-

onen, Überzeugungen und Interessen. Und das ist auch gut so, fügt die konservative Soziologie hinzu, damit unsere schöne, lebendige Demokratie nicht von Expertokratien und anderen Diktaturen abgelöst wird. Das hatten wir schon mal, sagt sie, und das hieß Kommunismus und hat viel Unheil gebracht. Abseits davon müsse jeder Protest verstehen, dass sich eine Gesellschaft nicht einfach durch Demos, moralische Zeigeleger und rebellische Reden verändern lässt. Dazu müssen Institutionen verändert und aufs Neue stabilisiert werden.

Die zweite theoretische Richtung hat dagegen zunächst einmal eine wohlwollende Haltung zu Protesten. Aus der Perspektive einer linken Soziologie beleben Proteste den politischen Diskurs, sie bilden politische Identitäten aus, die unsere Demokratien so dringend benötigen. Mit Protesten fängt die Veränderung nun mal an. Sie versteht sich im politischen Diskurs als Gegengewicht zum konservativen Bild einer friedlichen, geordneten Demokratie, die eigentlich nichts anderes sei als die Vorstufe zu einer verkrampften, gelähmten politischen Kultur. Und Verkrampfung und Lähmung führt zu Angst, und Angst führt zu autoritärem Denken, und autoritäres Denken führt zum Faschismus. So schaufelt sich die Demokratie ihr eigenes Grab, behauptet die linke Soziologie. Letztere hat also deutlich größere Angst vor einem wiederkehrenden Fa-

schismus als vor einer Expertokratie, einer kommunistischen Gesellschaft oder instabilen Institutionen. Innerhalb der linken Soziologie besteht der größte Streit in der Frage, welche Proteste die wichtigsten sind. Hier beginnt dann der unübersichtliche Diskurs zwischen marxistischen, sozialistischen, identitätspolitischen, feministischen, postkolonialen, queeren und anderen Debattesträngen, die darüber uneins sind, wie man den Protest am besten gestalten sollte. In einem Punkt sind sich aber alle einig: Protest ist gut für die Demokratie.

Die konservative Seite antwortet darauf gerne, dass die linke Soziologie so tue, als ob es keine rechten Proteste gebe. Was ist mit Pegida und der AfD? Ist das auch "guter" Protest, der zur Demokratie beitrage und unterstützt werden sollte? Die linke Soziologie antwortet darauf wiederum, dass man hier unterscheiden müsse zwischen demokratiefreundlichem und demokratiefeindlichem Protest. Rechter Protest sei nun mal undemokratisch und deswegen zu verurteilen.

Die konservative Soziologie wirft dann der linken Soziologie wiederum vor, sie interessiere sich nur für soziale Bewegun-

gen, jedoch nicht für die wirklich wichtigen Eckpfeiler unserer Gesellschaft: den Staat, die Verwaltung, das Militär, die Wirtschaft. Diese seien immer nur die Bösen, die von der linken Soziologie diskreditiert werden, um die moralische Überlegenheit der "guten" Proteste auf der Straße betonen zu können. Und diese seien wiederum alle nur links und deswegen sei das politische Rhetorik und keine Wissenschaft.

"Aber es gibt doch keine unpolitische Wissenschaft, das hat den Faschismus gebracht", hört man die linke Soziologie schon von Weitem rufen. "Ja, ja, ihr braucht den Faschismus ja nur, um ein Identitätsstiftendes Feindbild für eure gottlosen Kommunistenseelen zu haben", schreit die konservative Soziologie zurück. "Haha, ihr sabbernden alten, weißen Männer glotzt doch nur so fasziniert auf uns Linke, weil ihr mit eurer gelangweilten Wohlstandsarroganz selbst von der Sinnlosigkeit des Kapitalismus zerfressen seid! Und weil wir jung und progressiv und ihr alt und spießig seid!", brüllt die linke Soziologie als Antwort.

Protest ist anstrengend. Das steht fest.

Man kann das Spiel an dieser Stelle immer weitertreiben, kann die Lücke suchen, die einem den Zugang zu einer noch höherreflektierten Position verschafft, mit der man endlich die eigentliche Wahrheit des Geschehens sehen kann. Ich glaube, man sollte besser einsehen, dass genau das nicht die Aufgabe der Soziologie ist. Die Aufgabe der Soziologie ist es, zu verstehen, warum Proteste entstehen und welche Folgen sie haben. Die Soziologie ist dafür da, dabei nicht vollkommen den Überblick und die Fassung zu verlieren. Wenn man dabei geduldig bleibt, kann man auch eine Menge Spaß haben. Und Soziologie macht im Idealfall sehr viel Spaß.

Was heißt das nun für den Umgang mit Greta Thunberg, den Fridays for future und anderen Protestbewegungen? Erstmal nicht viel. Außer, dass man viel Geschrei ertragen muss, um soziologische Forschung über Proteste zu machen. Und natürlich, dass man dabei so einiges lernen kann über Sinn und Unsinn von Protesten. Am Ende versteht man sogar vielleicht doch etwas mehr als alle anderen, die protestieren oder sich darüber lustig machen.

## Neue Rechte: Intellektuell und gefährlich?

von Nik Hemmer



Durch Neonazi-Demonstrationen und Rechtsrockkonzerte hat sich seit langer Zeit ein Klischeebild Rechtsextremer in den Köpfen eingepreßt: Schlechte Bildungsverhältnisse, pöbelnd und weniger gut vernetzt. Doch es treten im politischen Diskurs vermehrt Persönlichkeiten und Gruppierungen auf, welche aus guten Bildungs- und Sozialverhältnissen kommen, politisch gut vernetzt sind und in ihren Aussagen zumindest nicht rechtsradikal auftreten. Von wissenschaftlicher Seite werden Personen wie die Französin Marine Le Pen und der deutsche Autor Götz Kubitschen mittlerweile unter dem Begriff "Neue Rechte" zusammengefasst. Unter dem Thema "Neue Rechte: Intellektuell und gefährlich?" fand das erste Ringseminar der Fachschaft am 5.11.19. in der alten VHS statt.

Als Referenten waren die beiden Politikwissenschaftler Dr. Armin Pfahl-Traugber und Dr.

Jared Sonnicksen eingeladen, um über das Thema zu berichten aber auch um mit den Anwesenden ins Gespräch zu kommen.

Zu Beginn stand die Frage im Raum wie sich neue Rechte und Neonazis voneinander unterscheiden. Klassische Unterscheidungsmerkmale sind laut Pfahl-Traugber demnach neben dem "Gefälle" im Bildungsniveau vor allem die verschiedenen ideologischen Hintergründe. So beriefen sich die neuen Rechten eher auf eine "konservative Revolution" wie sie schon von Rechten in der Weimarer Republik gefordert wurde und die Restaurierung alter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Durch diese Unterschiede begründet sich auch die verhaltene Akzeptanz und Ablehnung der "intellektuellen Rechten" als zu elitär durch die Neonaziszene. Es gäbe jedoch die Tendenz dass auch Neonazis langsam die Ideolo-

gie der neuen Rechten annehmen und so eine Verbindung zwischen den jeweiligen gesellschaftlichen Schichten innerhalb der rechten Szene erfolge.

Als Schnittstelle zwischen beiden fungiert vor allem das Internet, das die Verbreitung rechtsextremer Inhalte vereinfacht und modernisiert. Durch die verstärkte Präsenz im alltäglichen Diskurs auf Twitter und Co. besteht darüber hinaus die Gefahr, dass die Inhalte salonfähig werden.

Die Präsenz rechter Ideologien und die vermehrte Nutzung digitaler Medien wurde im Verlauf der Diskussion mehrfach erwähnt. So ist auch die innereuropäische und internationale Vernetzung Rechter Gruppierungen laut Dr. Jared Sonnicksen, der in seiner Arbeit auch zu Europäischer Politik forscht.

Innerhalb der Anwesenden gab es starkes Interesse sich mit eigenen Fragen und Diskussionsbeiträgen einzubringen, was für eine belebte und vielseitige Diskussion sorgte.

Als "Schutz" gegen die Verbreitung faschistischer Ideologien empfahlen die beiden Referenten selbst in Aktion zu treten, wachsam zu sein und nicht konsequent die Konfrontation mit Rechten abzulehnen, sondern im Diskurs die Ideologien gewissermaßen zu demaskieren.

## Caring about care work?

von Emily Krüger und Anna-Lena Kramer

Unter diesem Motto fand am 14.01.20 die zweite Podiumsdiskussion des Semesters statt, an der sich das Publikum rege beteiligte. Zu Gast waren Judith Hamerschmidt M.A., Krankenschwester, Pflégewissenschaftlerin und wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Patientensicherheit des Uniklinikums Bonn, Uwe Meyeringh, Landesfachbereichsleiter für Bildung, Wissenschaft und Forschung bei ver.di NRW und Sascha Verlan, Autor und Organisator des Equal Care Days.

Verlan gab zu Beginn einen Überblick über den Begriff der „Care-Arbeit“, der nicht nur das „Sich-Kümmern“ um Andere, sondern auch das Sorgen für sich selbst und unsere Umwelt umfasst. Dass 80% der Care-Arbeit von Frauen übernommen wird, erklärte Verlan durch die immer noch vorherrschenden klassischen Rollenbilder in unserer Gesellschaft. Zur Bekämpfung der Geschlechterungleichheit sei daher ein Umdenken der Gesellschaft erforderlich, das

bereits in die Kindererziehung integriert werden müsse. Einigkeit herrschte auf dem Podium darüber, dass bisher ergriffene politische Maßnahmen unzureichend seien. Kritisiert wurden von Hamerschmidt und Meyeringh vor allem die Zeitarbeit in Pflégerberufen und die Anwerbung von ausländischen Pflégerkräften, da diese „Teillösungsansätze“ die Problematik des Fachkräftemangels in Pflégeeinrichtungen sogar verschärften.

Zur Verbesserung der Sichtbarkeit und der Einbindung von Pflégenden in politische Entscheidungsfindung wurde die Einrichtung von Pflégekammern als Schritt in die richtige Richtung bewertet. Dennoch wird von Gewerkschaften und Pflégerkräften mehr Selbstvertretung gefordert. Pflége könne sich besser wehren, wenn durch die Akademisierung des Berufsfeldes eine höhere Wertschätzung der Pflége erfolge.

Um Nachwuchs aus allen Geschlechtern zu akquirieren, wurde

vorgeschlagen, den Bundesfreiwilligendienst attraktiver zu gestalten. Dadurch könnten zwar keine Fachkräfte ersetzt werden, aber jungen Menschen werde der Kontakt zu Care in unterschiedlichen Bereichen ermöglicht.

Im Schlusswort wies Verlan darauf hin, dass wir alle vom Tag unserer Geburt an auf das Care-System angewiesen sind und forderte daher eine größere Sichtbarkeit und Wertschätzung der Care-Arbeit.

Die bei der Veranstaltung gesammelten Spenden gingen zur Hälfte an unsere Veranstaltungsstätte, die Alte VHS, und zur Hälfte an das MediNetzBonn, eine Anlaufstelle für medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere.





## Politicum · Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor\*innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

### **Redaktionsanschrift**

Fachschaft Politik und Soziologie  
Redaktion Politicum  
Am Hofgarten 15  
D-53113 Bonn  
politicum@fs-sozpol.de  
www.fs-sozpol.de

### **Erschienen**

Januar 2020

### **Herausgegeben von**

Fachschaft Politik und Soziologie

### **Chefredakteurinnen**

Laura Meyer und Lilian Sekkai (Vi.S.d.P.)

### **Layout**

Laura Meyer und Lilian Sekkai

### **Titelbild**

Leonie Meyer

### **Bilder**

S.1&2 Miriam Gill ; S.3&4 und S.26 Lilian Sekkai;  
S.15 Dr. Eva Maria Hausteiner ; S. 17 Cristina Psenner;  
S. 19 Ulrich Sonntag; S.23 Dr. Moritz von Stetten  
S. 26 und S.28 Penelope Wessel

### **Mitarbeit**

Fachschaft Politik und Soziologie

### **Mit Beiträgen von**

Lilian Sekkai, Laura Meyer , Max Raths, Penelope Wessel, Charlotte Acker, Philipp Sprengel, Carina Röhr, Simon Peters, Dr. Eva Maria Hausteiner, Cristina Psenner, Hannah Krähling, Danny Weser, Lara Ettl, Dr. Moritz von Stetten, Nik Hemmer, Emily Krüger & Anna-Lena Kramer